

uheim
denholm Draudt,
adern, Trink-
dem Park.
erin Fr. Draudt.
raben
an
Bielefeld
Begr. 1888

tal
zwald
wildromantischen
dern, Wiesen und
Luft. Herrliche
beste Verpflegung,
eöffnet. Eigener
Verbindung mit
Bahnhof Mon-
unsch.

anien, Oranienstr. 53,
hof. Mäßige Preise

DERN
Anschreiben
a. billige Bedienung,
l., halbw. 1.50, gr.
Plaumrupf 3.50, 4.50,
ndgeschl. 5.50 u. 4.50,
üßer Plaum 8.- und
.-, 25.50, 26.-, 31.-,
50, Unterbetten: 17.-,
g. Nachn. Umlaufsch.
Geld zurück
(b. Wald).

alt zu Dresden)

ge.
fter Christlicher
r Mädchenschule
tliche Erziehung.
d Schlafsaume.
d Tennisplätzen.

enclan.

ischoff.

ten-Fabrik
VID

er Medaille
den
ren
sowie in bester
empfohlen durch
- Seite 20-26
tis.



Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
0.85 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.65 (inkl. Postgebühren). Preis der
Eingelnummer 10 Pf. Postfach 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 s je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
67 377.

Nr. 211. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 9. September 1930. | 12. Jahrgang.

**Vern' dich selbst erkennen an anderer Fehler und eignen,
Doch noch mehr an dem, wie du anderer Fehler beurteilst.**
Lavater.

Die Aufgabe.

Von August Winnig.

Selten war der Zweck des Wahlkampfes so deutlich, wie bei dieser Neuwahl des Reichstages. Aber leider ist der Wahlkampf mit so vielem Beiwerk belastet, daß die Gefahr besteht, der Zweck könne in den Hintergrund gedrängt und verdunkelt werden. In der Mitte der Parteienfront sind die Sammlungsbestrebungen gescheitert. In der Staatspartei ist ein neues Parteigebilde entstanden. Die Rechte zerfleischt sich im Bruderkampf. Alle diese Vorgänge nehmen den Wähler in Anspruch. Sie sind ungemein interessant, zumal wenn sie bis zu den Personagen zerfasert werden und die Lichter der Anekdote darüber spielen. Da ist es dann kein Wunder, wenn der millionenfache Wähler, der ja auch noch andere Dinge zu besorgen hat, den eigentlichen Zweck dieser Wahlen aus den Blicken verliert und sich von den Tageseindrücken schaukeln läßt, — so wie Treibholz auf bewegtem Wasser schaukelt. Jrgendwo wird er am 14. September landen.

Es gibt viel Treibholz bei dieser Wahl, darüber täusche man sich nicht. Es schwimmt und schaukelt überall: zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, zwischen der Sozialdemokratie und der Staatspartei, zwischen der Staatspartei und der Volkspartei, und vor allem schwimmt und schaukelt es auf der Rechten. Die ehrlichste Art, ihm Kurs zu geben, ist die Erinnerung an den allgemein bekannten Tatbestand.

Wir haben im Mai 1928 einen Reichstag gewählt, in dem nur die große Koalition als Regierungsmehrheit möglich schien. Dann hat diese Mehrheit 1½ Jahre regiert. Die großen Aufgaben der deutschen Politik waren schon früh sichtbar geworden. Die Schwierigkeiten der Wirtschaft mehrten sich. Die Zustände in der Landwirtschaft waren in schnellem Abgleiten. Die Arbeitslosigkeit wuchs. Die Neuordnung der Tribute sollte helfen. Man hoffte auf Herabsetzung der Jahreszahlungen und auf ein Freiwerden erheblicher Summen, die zur Gesundung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes verwandt werden sollten. Die Jahrestributbeträge wurden in der Tat herabgesetzt. Aber die damit verbundenen Hoffnungen erfüllten sich nicht. Die große Koalition zeigte sich außerstande, dem Wirtschaftsverfall Einhalt zu tun. Die gewissenlose Ausgabewirtschaft wurde fortgesetzt. In der Sozialpolitik blieb man bei den primitiven Methoden, beim Ausschöpfen des Eimers, ohne darauf Bedacht zu nehmen, daß er auch wieder gefüllt werden müsse.

Die Regierung der großen Koalition erwies sich zu jeder wirklich heilenden Maßnahme unfähig. Sie war durch die Gegenläufe, die sie umschloß, gelähmt nach allen Seiten. Die Einsicht der ihr angehörenden Minister der Mittelparteien konnte sich gegen den Widerstand der übermächtigen Sozialdemokratie nicht durchsetzen. Fast ein ganzes Jahr dauerte dieser Kampf der mittelparteilichen Minister gegen die sozialdemokratische Uebermacht. So lange wehrten sie sich gegen die Einsicht, daß in dieser Notzeit nicht mit der Sozialdemokratie regiert werden könne. Erst als Reichsfinanzen und Volkswirtschaft in der gefährlichsten Lage waren, gaben sie die nutzlosen Bemühungen auf und machten der Großen Koalition ein Ende.

Die danach gebildete Regierung hatte keine verlässliche Mehrheit. Sie konnte sie nur finden, wenn sich die Rechte entschloß, für das Gesundungsprogramm einzutreten. Als die Frage an die Rechte gestellt wurde, brach sie auseinander. Das ist der unbestrittene Tatbestand.

Der Zweck des Wahlkampfes ist ganz klar. Er soll die Möglichkeit einer Regierung schaffen, die bereit ist, das Gesundungsprogramm durchzuführen. Eine solche Regierung ist nur ohne die Sozialdemokratie denkbar. Wer sich gegen diese Einsicht sträubt, verkennt ganz und gar die Lage der Sozialdemokratie. Sie ist, selbst wenn ihre Führer es wollten, gar nicht imstande, an der Gesundung der Finanzen und der Wirtschaft helfend mitzuarbeiten. Würde sie daran beteiligt, so würde sie nur hemmen, stören und verderben. Die sozialdemokratischen Führer können das, was getan werden muß, nicht verantworten. Sie selber wissen das sehr gut. Sie wissen, was sie aus ihrem Parteienhang gemacht haben. Sie haben nicht die geistige Position für eine Politik der Gesundung. Sie haben keine Waffen für den Kampf gegen den Radikalismus in ihren eigenen Reihen. Eine Partei, die nur von der Erhebung stetig gesteigerter Ansprüche lebt, kann ihrem Anhang

nicht Verzicht zu tun. Eine Partei, die immer hemmungslos der Demagogie verfällt, kann ernsthaften, sachlichen Aufgaben nicht gerecht werden. So ist die Lage der Sozialdemokratie, wenn man sie frei von Illusionen betrachtet.

Man kann in Deutschland jetzt nicht mit der Sozialdemokratie regieren, wenn man nicht unerfährliche Güter aufs Spiel setzen will.

Ohne die Sozialdemokratie regieren heißt nicht, gegen die Arbeiter regieren. Man sehe sich die Sozialdemokratie genau an, dann wird man finden, daß ihr Anspruch, „die Arbeiterpartei“ zu sein, auf sehr schwachen Füßen steht. Sind die Millionen von Arbeitern, die hinter den Parteien der Mitte und der Rechten stehen, nicht auch vollberechtigte Staatsbürger? Hören sie darum auf, Arbeiter zu sein, weil sie nicht Sozialdemokraten sind? Wer ihre Vertreter kennt, weiß, daß sie in der Wahrnehmung ihrer Ständesinteressen weder dümmere noch ungeschicktere sind als andere. Eins aber haben sie vor der Sozialdemokratie voraus, sie haben Gemeinsinn, den die Sozialdemokratie in ihrem Anhang mit Erfolg erstickt hat, und dieser Gemeinsinn öffnet ihnen Einsichten, zu denen der sozialdemokratische Arbeiter nur selten und schwer gelangen kann.

Wenn wir heute den Zweck des Wahlkampfes darin sehen, eine nicht sozialdemokratisch geführte Regierung möglich zu machen, so ist das kein Vorstoß gegen die Arbeiterpartei, sondern die Folge der staatspolitischen Unfähigkeit der Sozialdemokratie. Damit wächst die Verantwortung der nicht sozialdemokratischen Arbeiter; sie müssen jetzt die politische und moralische Führung ihres Standes übernehmen — ohne Scheu vor den verstärkten Angriffen, die zweifellos kommen werden.

Man darf sich von diesem klaren Zweck des Wahlkampfes nicht abdrängen lassen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Führung der deutschen Politik durch fähige Hände gesichert wird. Das ist auch die Aufgabe, die der Rechten gestellt ist.

Man frage sich nur: Was soll werden, wenn dieser Zweck des Wahlkampfes nicht erreicht wird? Wenn die Rechte zu schwach ist oder sich der Mehrheitsbildung verweigert, so rückt die Mehrheitsbildung mit der Sozialdemokratie von selbst in den Bereich des Möglichen.

Die Rechte muß sich jetzt klar machen, was auf dem Spiel steht. Die ganzen angebahnten wirtschaftspolitischen Reformen hängen in der Schwebe. Ueber deren Bedeutung bedarf es keiner Worte. Aber die nächsten Jahre werden neue wirtschaftspolitische Räte und Aufgaben bringen. Wir werden wirtschaftlich nicht zur Ruhe kommen. Die deutsche Wirtschaft wird unter den gegebenen Umständen immer eine kämpfende Wirtschaft sein und sich nur im Kampf behaupten können. Sollen diese Aufgaben der Sozialdemokratie überantwortet werden? Diese Frage muß man stellen.

Aber blicken wir über die Grenzen. Unsere Lage in der Welt erhält allmählich ein anderes Gesicht. Die Frage der deutsch-polnischen Grenzen ist jetzt ein außenpolitisches Thema geworden, der Korridor wird diskutiert und die Diskussion nimmt einen für uns nicht ungünstigen Verlauf. Die Frage ist in Bewegung gekommen. Wie lange es noch dauert, ehe sie zur Lösung reif ist, bleibt ungewiß. Sicher ist nur, daß der deutschen Politik hier bedeutungsvolle Aufgaben erwachen. Sollen diese Möglichkeiten von der Sozialdemokratie verdorben werden?

Anderes, nicht Geringeres, steht bevor. Es fühlen allmählich auch andere Völker, daß der Youngplan keine endgültige Lösung sein kann. Sie fühlen noch mehr. Sie fühlen, daß die deutsche Tributpflichtigkeit auch für sie eine Quelle wirtschaftlicher Störungen ist. Schon sind es nicht nur deutsche Stimmen, die zwischen der Weltwirtschaftskrise und der deutschen Tributpflichtigkeit einen Zusammenhang behaupten. Bisher waren die Tribute nur ein Problem für uns — jetzt werden sie es auch für nicht belanglose Kräfte in der Außenwelt. Wir wollen keinen ausschweifenden Hoffnungen das Wort reden und nur sagen, daß die deutsche Politik an diesen neuen Möglichkeiten nicht vorübergehen darf. Soll diese Aufgabe der Sozialdemokratie überlassen werden — jener Partei, die in ihrem Wahlaufreife wiederum behauptet, die Not der deutschen Wirtschaft habe mit den Tribute nichts zu tun?

Diesen Fragen muß man ins Gesicht sehen, und man muß ihnen den Ernst und die Bedeutung lassen, die sie haben. Um diese Dinge führen wir den Wahlkampf.

Die Rechte, die von allen Parteien als Nächste zur Lösung der vor uns stehenden Aufgaben berufen ist, zieht aufgelöst in diesen Kampf. Das läßt sich jetzt nicht mehr ändern. Aber es darf sich auch nicht wiederholen. Für jetzt bleibt nur der Rat möglich: Auf der Rechten darf es nur Nachbarn, keine Feinde geben!

Stimmen aus Württemberg.

Ein Wort an evangelische Christen im politischen Kampf der Gegenwart.

(Zu den Reichstagswahlen am 14. September.)
Wer nicht wählt, stärkt immer die Front der Gegner! Darum wählen wir. Wahlrecht ist für den Christen Wahlpflicht.

Was wählen wir? Wir Christen können nicht Parteien wählen, die das, was uns heilig und teuer ist, offen oder heimlich im Staat und im Volksleben bekämpfen und untergraben. Der Marxismus leugnet das Dasein Gottes und jede Gottesoffenbarung und ist darum auch der geschworene Feind des Staates auf religiöser Grundlage. Dabei erweist sich der marxistische Sozialismus nicht als Damm gegen den marxistischen Bolschewismus, sondern als sein Wegbereiter. Was es heißt, vom Bolschewismus beherrscht zu sein, wird gerade jetzt an dem erschütternden Todesgang der deutsch-russischen Bauern deutlich, die um des Gewissens willen den terroristischen Maßnahmen der Sowjet-Regierung sich nicht fügen konnten. Man täusche sich nicht! Unser Weg würde derselbe sein, wenn der Bolschewismus in Deutschland zur Herrschaft käme: Entweder müßten wir Glauben und Gewissen verleugnen oder Not und Verderben wählen.

Darum rufen wir zur gesammelten Rechtsfront gegenüber der sich unheimlich zusammenballenden Linksfront. Wir tun das nicht, weil wir rechts die sündlosen, tadellosen Parteien wissen. Solche Parteien gibt es nicht und wird es nicht geben. Auch der Christlich-soziale Volksdienst-Korntal hat hier durchaus keine neue Linie herausgeführt. Das ist uns gerade in Württemberg immer wieder schmerzhaft deutlich geworden, seit er den ursprünglichen Weg, Gefinnungsgruppe zu sein, verlassen hat und Wahlpartei geworden ist.

Darum vermögen wir auch nicht in einer einzelnen Wahlpartei — auch nicht in einer christlichen — die Rettung zu sehen von dem drohenden Untergang, d. h. vor dem Sturz in eine bolschewistische, Staat und Volk verschlingende Revolution. Keine der Parteien der Rechtsfront, ob deutschnational, Bauernbund, Volkskonservativ, christlich-sozial oder national-sozialistisch, hat für sich allein die ganze politische Wahrheit, die ganze politische Gestaltungskraft, die jetzt der deutsche Staat und die deutsche Nation zu ihrer Rettung aus der Tiefe der Not bedürfen. Wir glauben aber, daß diese Wahrheit, Gerechtigkeit und Gestaltungskraft da sind in dem Augenblick, da die Parteien der Rechtsfront den zwar leider echt deutschen, aber doch ungeligen, verwirrenden, verderblichen Zwist und Hader begraben und jede ihr Bestes bringt und auch die andern ihr Bestes bringen läßt. Dann könnte durch Gottes Gnade und Erbarmen alles sich zusammenfügen zum Gesamtwerk des neuen deutschen Staates und der neuen deutschen Nation, die erst wieder aus notvollem Werden entstehen müssen. Die internationalsozialistische Linksfront, die vor 12 Jahren nach der Revolution versprach, die deutsche Nation zur wahren Freiheit, Schönheit und Würde emporzuführen, hat vor allem diesen Bankrott gebracht in felfsamem Bündnis mit einer gottlosen und herzlosen internationalen Hochfinanz. Und nun meldet sich stürmisch die radikale Linke und kündigt als letztes Allheilmittel im Bunde mit Moskau die weltbolschewistische Revolution an. Schon zucken die Blitze, schon grollen die Donner. Wehe uns und unsern Kindern, wenn dieses Gewitter hereinbricht!

Jetzt ist die Rechtsfront aufgerufen, aber nicht ein Teil und ein Splitter dieser Rechtsfront, sondern die gesamte durch Not und Gefahr zusammengeschweißte Rechtsfront. Die unentschlossenen zwischen links und rechts schwankenden Mittelparteien werden es nicht schaffen. Die nationalsozialistische Arbeiterpartei nennen wir ausdrücklich mit in dieser Rechtsfront, nicht, weil wir an ihr alles billigen könnten, wohl aber deshalb, weil, menschlich gesprochen, keine Partei sonst einen so starken Damm bildet gegen den drohenden bolschewistischen Umsturz wie gerade diese Partei. Das weiß auch Moskau. Darum haßt es diese Partei und hat ihren Anhängern den Tod geschworen. Und weil diese Partei allerdings unzweideutig scharf und unermüdlich sich wendet gegen die unerhörte Korruption der bisherigen neudeutschen Republik, die uns heute dem Hohn und der Verachtung des anständigen Auslandes preisgibt, darum fürchtet das sozialistische Preußen-Berlin die nationalsozialistische Bewegung und unterdrückt sie mit allen Mitteln „staatlichen“ Terrors.

Wir sehen die Möglichkeit, wie die deutsch-katholische Christenheit Schulter an Schulter stehen könnte mit der deutsch-evangelischen Christenheit in gemeinsamer Abwehr- und Angriffsfront gegen die Mächte der Fäulnis,

der Korruption und der Zersetzung im Staat und im Volksleben. Aber wir Evangelischen müssen in Preußen, in allen Gliedstaaten und im Reich endlich die klare Frontstellung gegen den Marxismus und Bolschewismus fordern. Es darf auch keine geheime vatikanische Politik Raum gewinnen gegen den Willen des reichstreuen, katholischen Volkes und die Einheit und Erstarkung des Reiches gefährden oder hintanhalten.

Wir rufen zur Rechtsfront und fordern damit zugleich im Namen des lebendigen Gottes, der Wahrheit und der Gerechtigkeit den Widerruf der entehrenden Kriegsschuld- lüge und die Revision der Versklavungsverträge mit ih- ren für unser Volk ganz unmöglichen Tributlasten!

Dass diese Rechtsfront sich gestalte, scheint uns mit eines der Ziele der unermüdlichen Arbeit Hugenberg's. Wir halten es für sittlich nicht einwandfrei und für poli- tisch völlig verfehlt, wenn dieser von links her viel ge- schmähete und gehähte Mann auch von „christlicher“ Seite immer wieder mit Schmutz beworfen wird. Es geht nun einmal im Staat nicht um den Bau der Gemeinde Jesu Christi, sondern um den Bau des völkischen Gemeinwesens auf Grund des bürgerlichen und nationalen Rechts, ge- wiß mit dem Hintergrund und Untergrund ewiger, gött- licher Bindung. Das wird Hugenberg nie leugnen, son- dern unbedingt fordern. Hierin ist er gewiß eines Sin- nes mit den Männern, die heute im volkshochkonservativen Lager stehen. Wir hoffen und wünschen dringend vom Schwabenland aus, daß die Wege, die jetzt um der Tak- tik willen auseinanderführen, recht bald sich wieder ver- einigen. Jetzt müßten Fragen zweiten und dritten Ran- ges schweigen, wenn Fragen allerersten Ranges der Lö- sung harren: nämlich die Befreiung der deutschen Na- tion nach innen und außen! Fort mit aller Trennung zur Einheit! Vorwärts zur gesammelten Rechtsfront!

Niemand stehe zurück am Wahltag, kein Mann, keine Frau, kein Jungmann, kein Jungmädchen. Wähle die Partei der Rechtsfront, die dir am nächsten steht. Einen besseren Weg sehen wir jetzt nicht! Gehst du aber diesen Weg, dann hat niemand ein Recht, dich darob in deinem Gewissen anzufechten. Sorge dafür, soviel an dir ist, daß es in der Partei, der du deine Stimme gibst, immer besser erkannt werde, daß es am 14. September und darüber hinaus wahrlich nicht geht um die Rettung der Partei, son- dern um die Rettung des deutschen Volkes und der deutschen Nation, der wir nach Gottes Schöpferwillen angehören, daß es geht um Wohl und Wehe unserer Kin- der und Kindeskinde! Gott selbst aber schenke uns in der Buße und Beugung vor Ihm die Kraft zur rechten Einig- keit und Bruderkiebe, ja, selbst zur Feindesliebe, die Kraft aber auch zum tapferen, entschlossenen Kämpfen und Han- deln! Dann vermögen wir Ihm auch gläubig Gegenwart und Zukunft anzuvertrauen. Dann bleibt uns die Zu- versicht:

Der Fürst dieser Welt, wie sauer er sich stellt,
Tut er uns doch nichts; das macht, er ist gerichtet,
Ein Wörtlein kann ihn fällen.

Einige für viele.

„Tabakverkauf in Gastwirtschaften“.

Von Fritz Bergmann, Herford,

Bezirksleiter des „Zentralverbandes christlicher Tabak- arbeiter Deutschlands“, Bezirk Westfalen.

In der Nr. 201 des „Aufwärts“ vom 28. August bringt Herr Sanitätsrat Dr. Bonne einen Artikel, überschrie- ben „Tabakwarenverkauf in Gastwirtschaften“.

Ohne auf den Inhalt des Artikels, über den viel zu sagen wäre, einzugehen, möchte ich nur einiges richtig stellen, damit die Öffentlichkeit doch nicht über die Ein- fuhr von Tabakwaren irreführt wird. Es ist amtlich festgestellt, daß in Deutschland, im letzten Jahre, nicht, wie Herr Sanitätsrat Dr. Bonne schreibt, für 2,8 Milliarden

Reichsmark eingeführt ist, sondern nur für rund 250 Mil- lionen RM. Zu dieser Tabakeinfuhr von 250 Mill. RM im letzten Jahre kommt eine deutsche Eigenerzeugung von Tabakblättern für rund 22 Millionen RM. Somit beträgt für das deutsche Reich die Gesamt-Tabakeinfuhr nebst dem Wert der Eigenpflanzung von Tabak 272 bis 275 Mil- lionen RM. Die von Herrn Sanitätsrat Dr. Bonne ange- führte Ziffer von 2,8 Milliarden RM ist der für Tabak- waren ausgegebene Kleinhandelspreis. Die Differenz zwischen 275 Millionen RM und 2,8 Milliarden RM, also 2,5 Milliarden RM, sind ausgegeben für deutsche Arbeit. Die 2,5 Milliarden RM setzen sich zusammen aus Löhnen für die Arbeiter, für Kontorpersonal, für Papier, für Holz, Handelsnuzen, Fabrikationsnuzen.

In der deutschen Tabakindustrie sind über 200 000 Ar- beiter beschäftigt, die zumeist auf dem Lande leben, wo sie sonst keine andere Beschäftigung finden könnten. Da- zu kommen Hunderttausende von Personen, die die Ware absetzen und die sonstigen Bedürfnisse für die Industrie herstellen und erzeugen. Mit ihren Angehörigen leben so- mit Millionen deutscher Menschen von dieser Industrie. Außer der Rohabakeinfuhr von 250 Millionen RM ist die Ausgabe von 2 800 Millionen RM nur eine Ausgabe für deutsche Arbeit und Erzeugnisse. Außerdem möchte ich feststellen, daß mit den in der Notverordnung vom 1. Au- gust 1930 festgesetzten 48 Millionen einmaliger Einnahmen aus der Verkürzung der Zahlungsfrist für entnommene Steuerzeichen im Etat 1115 Millionen (?) RM aus der Tabaksteuer für das Reich in Einnahme gestellt sind. Wo- her sollte das Reich die Deckung dieser ungeheuren Sum- men nehmen, wenn es diese Einnahmequelle nicht hätte?

Ich halte es für richtig, der oft gehörten Meinung in der Öffentlichkeit entgegenzutreten, daß unsere Valuta dadurch sinken könne, daß Deutschland Milliarden für Ta- bakeinfuhr an das Ausland pro Jahr zahlen müsse.

Gewiß bin ich nur Laie und kann daher die gesundheit- lichen Schädigungen, verursacht durch das Rauchen einer Zigarre oder einer Pfeife nicht genau erfassen. Aber das glaube ich feststellen zu dürfen, daß ich noch nie erlebt habe, daß eine Familie dadurch unglücklich geworden ist, daß der Vater eine Zigarre oder eine Pfeife raucht, wie- wohl das beim Mißbrauch von Alkohol sehr oft vor- kommt.

Der Irrtum in der Angabe der Summe für Tabak- einfuhr konnte richtig gestellt werden. Die Schäden und Nachteile des Tabakkonsums mit der wirtschaftlichen Be- deutung desselben zu entschuldigen und zu begründen, dazu würde uns der Mut fehlen. Die Zeit, die diesen Konsum durch etwas Besseres überflüssig macht, wird sicher die schönere Zeit sein.

Die Schriftleitung.

Geschäfte mit der Religion.

Dem Presbyterium wird geschrieben:

Wir haben leider Veranlassung, auf eine höchst bedau- erliche Entgleisung der Deutschen Reichsbahnreklame die Aufmerksamkeit zu lenken. In den Abteilen der deutschen D-Züge wurde in letzter Zeit massenhaft ein bebildeter Prospekt verbreitet, der auf den Salonwagenzug der Deutschen Reichsbahn nach Oberammergau, die „schönste, rascheste und bequemste Fahrgelegenheit zum Besuche der Passionsspiele“ empfehlend hinweist. Die Abbildung eines Kreuzes im Hochgebirge, darunter die Aufforderung zur Benutzung des Zuges schmücken das Titelblatt. Be- sonderer Beachtung wird aber die Innenseite empfohlen. Hier präsentiert sich zur Linken das Wageninnere mit sei- nen bequemen Polsterseffeln, rechts erblickt man die Ab- nahme des Leidens Christi vom Kreuz (eine Szene aus dem Oberammergauer Passionspiel); darunter Hinweise auf Fahrpläne, Erfrischungen und Dolmetscher, die im Zuge zu haben sind. — Wie uns bekannt, hat dieser Pro- spekt, insbesondere jene Bilderpaarung auf der Innen- seite, im Reisepublikum geradezu Empörung hervorge-

Esceaplana zu besteigen. Bei gutem Wetter auch wirklich nichts Unmögliches. Dann aber kam der Nebel. Und auf dem großen Schneefeld, dem „Brandner Ferner“, verlor es die Richtung. Was wohl geworden wäre, wäre nicht „zufällig“ — in den Bergen verlor sich dieses Wort noch weit mehr als anderweitig! — ein Bergführer in die Nähe gekommen? Allein auch ihm machte es der Nebel nur allzuschwer, die Herkunft der Hilferufe und Signal- schüsse zu erkennen. Er hat die Unglücklichen dann in erbarmungswürdigem Zustand dennoch gefunden und aus ihrer hilflosen Lage gerettet.

Ja, der Berg ist nicht so harmlos, wie er bei schönem Wetter zu sein scheint. Und was von unten als „wun- derschöner“ Neuschnee aussieht — und es gab ihn im Au- gust nur allzu reichlich! — das ist oben und in Wirklich- keit dann über einen Meter hoch. Da kann selbst einem geübten Bergsteiger und Bergführer der Mut sinken, steckt er mit einem Male so tief im Schnee, daß er weder vor- wärts noch rückwärts weiß! Schon die „Kalenderwidrig- keit“, gleichzeitig im Sommer und im Winter zu leben, findet der Bergbewohner wenig schön. Sein Auge gibt sich nicht einfach dem Schauen hin. Er denkt zuviel an den Alltag und an die Arbeit und geht nicht auf in der Schön- heit des Wildes der Natur. Aber auch der Ortsfremde, der nach der Einweihung der neuerweiterten Straßbur- ger Hütte zu lang oben blieb und dann eingeschneit und von der Mitwelt abgeschnitten, dennoch den Abstieg wagte, trug, sofern es ihm je gelang, keinen frohen Zu- bel zu Tal.

Nach wenigen Tagen Aufklärung ist es schon wieder anders. Gleichwohl wird man guttun, bei aller eigenen Sicherheit dort, wo die Reiseführer einen Führer nahe- legen, auch einen solchen zu nehmen. Eben weil es von Minute zu Minute geradezu anders werden kann, sowohl mit dem Wetter als mit tausend anderen Dingen. Mit dem eigenen Ich nicht zulegt. Nicht jeder, der unten so sicher ist oder auch nur so tut, weiß, wie weit nach oben seine

rufen. Mit Recht bemerkt eine im politischen und öffent- lichen Leben bekannte Persönlichkeit, die uns eine Probe dieser Oberammergauer Reklame einsetzt, daß dieses wohl das Unwürdigste von Zumutung an jedes religiöse Empfinden darstelle, was seit langem aus geschäftlichen Gründen geleistet worden ist. Man kann sich diesem Ur- teil nur anschließen und die bestimmteste Erwartung aus- sprechen, daß diese grobe Entgleisung sofort aus dem Reiseverkehr verschwindet. Ein öffentliches Institut von der Bedeutung der deutschen Reichsbahngesellschaft sollte sich vor solchen Taktlosigkeiten gegenüber den heiligsten Empfindungen weiter Volkskreise zu hüten wissen.

Dazu wird noch ein anderes mitgeteilt:

Eine Bielefelder jüdische Firma hat seit einigen Tagen in jedem ihrer zahlreichen Schaufenster einen dicken schwarzen Band in der Form einer Bibel aufgeschlagen liegen. Auch die Reklame sprüche haben eine Auf- machung, daß das Publikum unbedingt an die aufgeschla- gene Bibel erinnert wird. Daß jüdische Geschäfte an christ- lichen Festtagen mit christlichen Symbolen eine aus- gedehnte Reklame treiben, fällt schon gar nicht mehr auf. Vielleicht genügen aber solche Hinweise in der Presse, um den Stellen, die es angeht, klar zu machen, daß sich doch nicht alles schickt.

Wozu ev. Rechtsauskunftstellen?

Lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges bestanden im deutschen Vaterlande Arbeitersekretariate, Volksbü- ros oder, wie man heute zu sagen pflegt, Rechtsaus- kunftsstellen. Die moderne soziale Gesetzgebung und be- sonders in unseren Tagen das umfangreiche deutsche Steu- erfähigsten machten die Einrichtung solcher öffentlichen Wohl- fahrtseinrichtungen besonders für die Arbeiterwelt unbe- dingt nötig. Besonders auf katholischer Seite und auf Seiten der Sozialdemokratie hatte man die Bedeutung derartiger Institute rechtzeitig erkannt und solche Volks- büros an zahlreichen Orten eingerichtet. Auch auf evan- gelischer Seite hatte sich frühzeitig die Erkenntnis von der Notwendigkeit solcher gemeinnützigen Rechtsaus- kunftsstellen immer mehr Bahn gebrochen. So war auch im Minden-Ravensberger Lande an vielen Stellen Gele- genheit geboten, daß sich evangelische Gemeindeglieder zweckmäßige Rechtsauskünfte beschaffen konnten. Leider sind diese dankenswerten Einrichtungen in unserem Be- zirk während des Krieges und auch infolge der Infla- tionszeit vollständig eingegangen. Da ist es den evange- lischen Arbeitervereinen mit freundlicher Unterstützung des Vereins für Innere Mission in Minden-Ravensberg gelungen, an einer ganzen Reihe von Orten solche Rechts- auskunftsstellen wieder einzurichten und sie unseren ev. Gemeindegliedern zur fleißigen Inanspruchnahme zur Verfügung zu stellen. Besonders erfreulich war es, einen auf diesem Gebiet außerordentlich erfahrenen und be- währten Mann, den Diakon und Geschäftsführer der ev. Arbeitervereine, Sager, für diesen Dienst zu gewin- nen. — Was wollen nun diese Rechtsauskunftsstellen? — Sie wollen zunächst in allen Fragen der Arbeiterschutz- und Arbeitsversicherungs-Gesetzgebung, in den Fragen des vielgestaltigen Steuerwesens, in allen Angelegenheiten des Krankenkassenwesens und neuerdings auch in den Angelegenheiten der Arbeitsgerichte und der öffentlichen Wohlfahrt unentgeltlich oder gegen ganz geringe Ver- gütung Auskunft erteilen. Sie sind keine Konkurrenz für die Tätigkeit der Rechtsanwälte, sie haben nichts mit Prozessen und Gerichtsverfahren zu tun, aber sie wollen auf den vorgenannten Gebieten, die besonders die Arbei- ter angehen, Rat und Unterstützung gewähren. Sie wol- len auch bei den Schiedsgerichten und Arbeitsgerichten tä- tig sein. Bei Abfassung von Eingaben, von Beschwerden, von Anfragen bei Behörden, sowie überhaupt bei der An- fertigung von Schriftstücken wollen sie den Ratfuchenden Hilfe erweisen. Es ist klar, daß mit der Erfüllung dieser

*) Vgl. „Aufwärts“ Nr. 202.

Aufgaben eine große und weitreichende Arbeit geleistet wird, ganz besonders im Interesse unserer Handarbeitenden Brüder. Wieviel Tausende von Mark sind durch rechtzeitige Einsprüche oder durch Verurteilungen bei Behörden den einzelnen Besuchern der Rechtsauskunftstellen erwirkt worden. Wie manchmal ist es gelungen, durch eine zweckmäßige Eingabe eine Erhöhung der Invaliden- oder Waisenrente zu erzielen! In vielen andern Fällen, besonders auch auf dem Gebiet des Steuerwesens ist durch rechtzeitige Reklamationen Hilfe gebracht. Durch Zählungnahme mit den Arbeitersekretariaten der christlichen Gewerkschaften wurde mancherlei Hilfe und Auskunft auf diesen Gebieten gegeben.

feststellen?

rieges bestanden
nicht. 89-11-14

legt, Rechtsaus-

gebung und be-
e deutliche Steu-

fentlichen Wohl-

Seite und auf

die Bedeutung
und solche Rolle.

Viel anders denn die Bergführer sind die Bergbewohner selber auch nicht. Aus ihrer Mitte stammen ja nicht nur die Führer, sondern in der führungsfreien Zeit haben die Bergführer in keiner Weise ein andrer Leben wie die andern innerhalb und außerhalb des Hauses auch. Es mutet feltfam an, im immerhin tauſend bis elfhundert Meter hohen Tale keine Felder noch Feldfrüchte zu ſehen. Früher ſei das anders geweſen. Heute ſieht man allenfalls noch Kartoffelbau, ganz wenig Gemüſe oder Salat und wenn's viel iſt, einige Quadratmeter Haſer, der aber mit dem, was wir uns von daheim her drunter denken, keinen Vergleich aushalten kann. Auch das Heu auf den vielen, oft bis an die Felfengrenze reichenden Matten und Wiefen — Alpen genannt — wird anders behandelt als bei uns. Stalldünger kennt man nicht, künstlichen dagegen wohl. Anders vertragen es die Wiefen nicht. Maſchinenmähen verbietet ſich ſelbſtverſtändlich) ebenfalls in dieſem Gelände. Um ſo mehr geht nach ganz beſtimmten Geſetzen die Freiweide vor ſich. Nach Jahreszeiten regelmäßig die Höhen von der „Maſſäch“ bis zur Hochalp. Stark betrieben wird auch die Holzwirtſchaft. Weniger der Verkauf, als die Verwertung für den eigenen Gebrauch. Bei dieſem Reichtum an Tannen wird in Holz gebaut. Die Häuſer ſind meiſt mit ſelbſtgeſchnittenen Schindeln verblendet und gedeckt. Man könnte von dem Wirtſchaftsleben dieſer Menſchen noch viel reden. Von ihrer Armut und von ihrem Reichtum, von ihrem Heim und ihrer Naturverbundenheit, von ihren Sitten und Bräuchen. Nicht zuletzt von ihrer Geradheit, Aufrichtigkeit, und Ehrlichkeit

Sonn. Ich lern

Berechnet man diese Ausgaben auf den Kopf des Wählers um, dann ergibt sich, daß der Sozialdemokratie die einzelne Stimme 1928 noch nicht einmal 30 Pfennig, jeder Sitz im Reichstag aber 16 500 Mark gekostet hat. Wesentlich höher sind noch die Wahlkosten der bürgerlichen Parteien, gibt es hier doch Organisationen, denen die Stimme des einzelnen Wählers mehr als eine Mark gekostet hat.

Damit sind die Reichswähler die größte Partei. Eines aber sind sie nicht: eine Gruppe von Neutralen. Denn auch die Stimmhaltung trägt wesentlich zur Beeinflussung der Reichstagszusammensetzung bei, allerdings nur insoweit, als Stimmhaltung die Arbeitsfähigkeit des Reichstags beeinträchtigt und die wahre Situation fälscht.

Old Sam McKinnis

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der in Stuttgart in zwei Wahlversammlungen der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei sprach, ging im Verlaufe seiner Ausführungen auf die in der deutschen nationalen Wahlversammlung in Stuttgart von Geheimrat Dr. Eugenbergs erhobene Frage ein, ob es richtig sei, daß die Franzosen uns 2½ Milliarden Mark abgeben wollten. Der Minister erklärte, daß der Reichsregierung nichts davon bekannt sei. Es sei auch nicht versucht worden, die Franzosen anzuborgen. Bei den Franzosen bestöhe dazu sicher keine Neigung. Aber wenn die Franzosen uns gern 2½ Milliarden Mark zu 3 Prozent leihen möchten, dann werde er sie morgen annehmen trotz Eugenbergs.

In einer Wahlversammlung der Breslauer katholischen Jugend setzte sich Reichstinnenminister Dr. Wirth mit den Verführern des Dritten Reiches, den Nationalsozialisten, auseinander, deren Katastrophenpolitik er aufs schärfste kritisierte. Die deutsche Jugend im allgemeinen und die christliche Jugend im besonderen warne er, sich mitverantwortlich zu machen an dem großen Unheil, das diese Partei über das deutsche Volk heraufbeschwören könne. Er bringe der irreführenden Jugend in den Reihen der Nationalsozialisten das größte Mitleid entgegen. Die Rede schloß mit den Worten: „Vor die Front, Jugend, vorwärts und aufwärts zu Gott für uns und unser Vaterland!“ Die Ausführungen des Ministers wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der ersten Wahlkundgebung der Deutschen Volkspartei in München beleuchtete Reichsminister a. D. Scholz die staatsbürgerliche Sammlungspolitik. Er betonte, daß der Sozialdemokratie nur eine einige bürgerliche Partei auf staatsbürgerlicher Grundlage entgegentreten könne. Die Deutsche Volkspartei werde nach dem 14. September an diesem Sammlungsbanden des deutschen Staatsbürgertums festhalten.

Stanzlerrede auf dem Katholikentag.
Reichskanzler Dr. Brünning erschien am Sonnabend in der zweiten öffentlichen Versammlung des Deutschen Katholikentages in Münster, wo er, mit minutenlangem Beifall begrüßt, eine kurze Ansprache an die Versammlung richtete.

Der Katholikentag fand am Sonntag mit einem Festgottesdienst und einer großen Kundgebung, in der der Münchener Erzbischof Kardinal Faulhaber über das Thema: „Die katholische Kirche und unsere Zeit“ sprach, seinen Abschluß.

Unser Recht auf ganz Oberschlesien.
Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier
hielten in Krankfurt a. O. eine Tagung ab,

„Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, versammelt aus allen Teilen des Reichs in der Hauptstadt der mittleren Ostmark, erklären die unlösliche Verbundenheit aller deutschen Ostgebiete auf Gedeih und Verderb. Wir betonen die unveräußerlichen Rechte Deutschlands auf ganz Oberschlesien. Wir fordern die Beseitigung der Versailler und Genfer Fehlscheidungen über Oberschlesien, und wir begrüßen die Erklärung der Reichsregierung, die die Forderung auf Revision der Ostgrenze angemeldet hat. Wir bedauern den Rücktritt Calonder's, der bürgerlich die Verdrängung der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien bekämpft. Wir rufen dem ganzen deutschen Volke und der Welt zu: Ganz Oberschlesien ist deutsch!“

Beschwerde über die litauische Gewaltherrschaft.

In Memel erwartet man, daß die deutsche Völkerbundsabordnung die Beschwerde entsprechend der Zusicherung der zuständigen Berliner Stellen vor dem Völkerbundsrat zur Sprache bringen und energisch vertreten wird. Da weitere Verhandlungen zwischen Litauen und Deutschland über die Memelfrage infolge des herausfordernden Verhaltens der kownoer Regierung völlig zwecklos erschienen, erblickt man in der Auflösung der Memelfrage in Genuß die einzige Möglichkeit, der Wirtsherrschaft Litauens im Memelgebiet ein Ende zu bereiten.

Empfang durch die deutschen Bauern.

In Groß-Lommich, wo Präsident Masaryk von dem Abgeordneten der Böhmer Deutschen Andor Nitsch und etwa viertausend deutschen Bauern aus der ganzen Böhme begrüßt wurde, erwiderte der Präsident auf die Begrüßungsansprache des Abgeordneten Nitsch: „Meine Auffassung ist, daß jeder als freier Bürger zum Wohle seines Volkes und damit des Staates arbeiten und wirken möge. Dies ist meine unentwegte Auffassung, und ich hoffe, daß alle Völker unserer Republik in diesem Sinne wirken werden.“

Truppenparade in Wien.

Abschluß der Herbstmanöver.
Zum ersten Male seit dem Bestehen des österreichischen Bundesheeres fand als Abschluß der Herbstmanöver eine Parade der gesamten österreichischen Heeresmacht in der Bundeshauptstadt Wien vor dem Oberbefehlshaber, Bundespräsident Miklas, in Anwesenheit der Mitglieder der Bundesregierung, des diplomatischen Korps, der fremden Militärattaches und eines vieltausendköpfigen Publikums auf dem Feldmarschallsplatz vor der Burg statt.

Der Abschluß der Parade bildete der Vorbeimarsch der Truppen vor dem Bundespräsidenten und den übrigen Ehrengästen. Die Truppen wurden vom Publikum stürmisch bejubelt und mit Blumen beworfen.

Armee und Marine gegen den Präsidenten. — Weiße
Flagge auf dem Regierungspalast.

General Ariburn, der ein Neffe eines früheren Präsidenten ist und als ehemaliger Generalkaboché im Großen Aufstand hat, drohte daraufhin mit der Beschießung des Regierungspalastes, falls der Präsident nicht sofort endgültig zurücktrat. Als auch die 18 im Lager lauernden Brigadeführer und ihre aus 7000

Mann bestehende Besatzung sich der Bewegung anschließen und der Admiral Storni der Regierung mitteilte, daß die Marine nicht auf die Armeeschießen werde, gab der Präsident endlich seine Sache verloren und ließ auf dem Regierungsgebäude die weiße Flagge hissen.

Vorher war es noch in Buenos Aires sowie in der Provinz an verschiedenen Stellen zu Unruhen gekommen. In dem Vorort El Palomar ist der Oberstleutnant der Fliegertruppe Francisco Torres, der sich den Revolutionären nicht anschließen wollte, mit anderen Offizieren seiner Truppe erschossen worden. Als auf dem Regierungsgebäude, wie gemeldet, die weiße Fahne gehißt wurde, befanden sich die angreifenden Truppenabteilungen bereits von zwei Seiten in Anmarsch. Vor dem Gebäude der Trigothen ergebene Zeitung „La Epoca“ kam es zu einer Schießerei zwischen regierungstreuer berittener Polizei und den angreifenden Truppen, die das Feuer der Polizei mit Maschinengewehrfeuer erwiderten. Nachdem sich auch die Polizei den Aufständischen ergeben hatte,

führte die Menge den Regierungspalast, riß die Bilder Trigothens von den Wänden und verbrannte sie auf dem Plaza de Mayo. Auch die Büroräume des Innenministeriums wurden von der Menge gestürmt. Das Haus der „Epoca“ wurde in Brand gesetzt. Die Feuerwehr weigerte sich zu löschen. Vizepräsident Martinez hat die Regierungsgeschäfte dem General Uriburu und dem Admiral Storni übergeben. Nach der Entwaffnung der Polizei übernahmen Truppenabteilungen den Ordnungsdienst.

General Uriburu Ministerpräsident.
Präsident Trigothen auf der Flucht. — Der Kongreß aufgelöst.

Die Habas aus Buenos Aires berichtet, hat General Uriburu das provisorische Kabinett folgendermaßen gebildet: Präsident General Uriburu, Vizepräsident Enrique Santa Marina, Innenminister Matias Sanchez Sorondo, Außenminister Ernesto Bosch, Kriegsminister General Francisco Medina.

Präsident Trigothen soll sich an Bord des Kreuzers „Garibaldi“ begeben haben, von anderer Seite wird berichtet, er habe sich in eine ausländische Gesandtschaft geflüchtet.

General Uriburu hat eine Botschaft an das Volk veröffentlicht, in der er erklärt, daß er den Wünschen des Volkes gemäß mit Unterstützung von Heer und Marine die Regierung übernommen habe, um den endgültigen Zusammenbruch im Lande zu verhindern. Die provisorische Regierung hat den Kongreß aufgelöst. Im Verlauf der revolutionären Bewegung soll es auch zu Plünderungen gekommen sein.

Washington ist zufrieden.
— Washington, 8. Septbr. Die Nachricht vom Rücktritt des argentinischen Präsidenten ist in Washington mit größtem Interesse aufgenommen worden. Trigothen hatte in den letzten zwei Jahren eine stark ablehnende Haltung gegen die Regierung der Vereinigten Staaten angenommen. Er hatte nicht nur den Posten des argentinischen Botschafters hier über 18 Monate lang unbezahlt gelassen, sondern es auch abgelehnt, dem Kellogg-Pakt beizutreten, und Brasilien dadurch vom Beitritt abgehalten. Außerdem hatten auf sein Geheiß die Vertreter Argentiniens auf allen panamerikanischen Versammlungen der letzten zwei Jahre entweder gegen die Vereinigten Staaten polemisiert oder eine Beteiligung an panamerikanischen Verträgen abgelehnt. Man nimmt daher die Meldung von seinem Rücktritt mit einem Gefühl der Erleichterung auf.

Der indische Freiheitskampf.

Gandhis Forderungen. — Geringfügige Zugeständnisse des Vizekönigs. — Der Kampf geht weiter.

Die britisch-indische Regierung macht jetzt nähere Mitteilungen über die gescheiterten Friedensverhandlungen mit Gandhi und den übrigen im Gefängnis sitzenden Nationalistenführern. Danach verlangte Gandhi erstens das Recht auf

Lösung Indiens aus dem britischen Reich, zweitens Einsetzung einer nationalen Regierung, die nur dem indischen Volk verantwortlich ist, sowie die Kontrolle über die Landesverteidigung und sämtliche Finanzen besitzt. Drittens forderte er, daß ein gemischtes Gericht mit den britischen Ansprüchen und Konzessionen, darunter auch mit der Staatschuld Indiens befaßt werde. Viertens sollen alle politischen Gefangenen, die keine Verbrechen begangen haben, unverzüglich in Freiheit gesetzt und ihnen sämtliches konfiszirtes Eigentum und die Geldstrafen, die sie erlegen mußten, zurückerstattet werden.

Wenn diese Forderungen angenommen würden, würden die Nationalisten die Bewegung des zivilen Ungehorsams einstellen, dagegen nicht das Postensystem vor den Lokalen, in denen Branntwein ausgeschmuggelt wird, und vor den Läden, in denen ausländische Stoffe verkauft werden, außerdem auch nicht die verbotene Salzgewinnung.

Die indischen Nationalisten haben also von vornherein so unumgängliche Bedingungen gestellt, daß sie gar nicht mit dem Zustandekommen einer Einigung rechnen konnten. Wie vorauszu sehen war, hat

der Vizekönig Lord Irwin es in seinem Antwortschreiben als zwecklos bezeichnet, den Vorschlag der Nationalisten im einzelnen zu erörtern, hat sich aber zu einigen Zugeständnissen bereiter erklärt. Er bot seinerseits die Aufhebung der Sonderverfügungen unter der Bedingung des sofortigen Abbruchs des passiven Widerstandes an, sagte auch eine angemessene Vertretung des Kongresses auf der allindischen Konferenz in London zu, während er eine Erörterung der übrigen Bedingungen für unmöglich erklärte.

Auf dieses Schreiben des Vizekönigs hin haben Gandhi und die übrigen gefangenen Führer des allindischen Kongresses beschlossen, den nationalen Freiheitskampf fortzusetzen. Sie sehen keinerlei Möglichkeit einer Annäherung zwischen Regierung und Kongreß, da der Vizekönig die Bedingungen ihres Briefes als nicht der Überlegung wert verächtlich abgelehnt hätte.

Die Andree-Expedition.

Weitere Forschungen.
Nach der Mitteilung einer Stockholmer Zeitung enthält das Logbuch der Andree-Expedition Aufzeichnungen bis zum 5. September. Bis dahin kann man also das Schicksal der drei Männer verfolgen. Der Text ist bis zu diesem Datum deutlich und klar, wird dann aber undeutlich.

Dr. Horn, der jetzt versucht, das Schicksal Fränkels zu rekonstruieren, schlägt vor, daß Schweden eine neue Expedition zur Weißen Insel entsendet, die weiter suchen soll.

Das Logbuch enthält, wie Dr. Horn sagt, nichts über die Frage, ob zwei oder drei Männer über das Eis marschierten. Die Mannschaft der „Bratvaag“ fand beide Leichen einen halben Meter tief im Eis. Es wäre möglich, daß die Leiche Fränkels noch tiefer liegt. Man hält es für wahrscheinlich, daß Fränkel sich von Andree und Strindberg getrennt hat, um ans andere Ufer zu gelangen.

Da alle Gewehre der Expedition auf der Weißen Insel gefunden worden sind und ein Mensch ohne Gewehr sich in jenen Gegenden in einer hoffnungslosen Lage befunden hätte, muß Fränkels Tragödie jedenfalls vor dem Tode Andrees und Strindbergs angefaßt werden.

Die Untersuchung des Expeditionsbootes und die vorbereitende Konfizierung der Kleider wurde von den schwedischen Wissenschaftlern beendet.

Die Belohnung für die Mannschaft der „Bratvaag“. Adolf Hoel, der Direktor des norwegischen Amtes für arktische Angelegenheiten gibt bekannt, daß das Amt den Betrag aus dem Kontrakt mit der Preisorganisation in Höhe von über 40 000 Kronen zur Verfügung des Besitzers der „Bratvaag“ gestellt hat, damit er entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen unter die Mannschaft der „Bratvaag“ und die Mitglieder der an Bord befindlichen wissenschaftlichen Expedition verteilt werde. Der Betrag ist auf einer Bank deponiert worden.

Eine Spur vom Bruch der Italia?

In Tromsø ist ein arktischer Jäger eingetroffen, der den Winter auf einer Insel nördlich von Spitzbergen zugebracht hat. Er hatte ein kleines wissenschaftliches Instrument in einem Mahagonifasch bei sich, eine Nöhre von 8–9 Zentimetern mit einem Spiegel daran. Die Sachverständigen nehmen an, daß dies ein Original-Apparat von dem Bruch der „Italia“ ist.

Unter den Vermissten der „Italia“ ist das Bedienungspersonal der Motoren und ein Wissenschaftler. Demnach ist immerhin die Möglichkeit vorhanden, daß das gefundene Instrument von der Italia stammt.

Neue Reste der Andree-Expedition.

Das Lager auf der Weißen Insel.

— Stockholm, 8. Septbr. Die von der Zeitung „Dagens Nyheter“ mit dem Schiff „Jöbjörn“ ausgesandte Expedition fand bei der Durchsichtung der Insel das Lager der Andree-Expedition unter einem Gletscher, dessen Eis so weit geschmolzen ist, daß sich das Lager über dem Eis befindet. Unter den Trümmern eines primitiven Hauses fand man das auseinandergefallene Skelett eines Menschen, außerdem viele Ausrüstungsgegenstände, Waffen, Teile der Ballongondel, ein Brief an Strindberg und die Aufzeichnungen Fränkels. Alles deutet darauf hin, daß die Andree-Expedition von einer plötzlichen Katastrophe, vielleicht einem Schneesturm, heimgesucht worden ist. Die Jöbjörn wird in 7 bis 8 Tagen in Tromsø zurück erwartet.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen Max Höls ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil er bei der kommunistischen Kundgebung im Sportpalast zur Erziehung andersdenkender Volksgenossen aufgefordert haben soll.

Politische Rundschau.

Seelente können schon jetzt wählen. Den Seelenten, die vor dem 14. September in See gehen, ist Gelegenheit geboten, schon jetzt zu wählen. Sie geben ihre Stimme vor einem besonderen Abstimmungsstand ab. Besonders Abstimmungsstände sind einzugelegt in Königsberg i. Pr., Pillau, Kolberg, Stettin, Swinemünde, Altona, Flensburg, Kiel, Emden, Westermünde, Wilhelmshaven, Hamburg, Cuxhaven, Norddeich, Bremen, Bremerhaven und Lübeck. Die nach dem 14. September einfallenden Seelente können in diesen Hafenstädten noch bis 19. September wählen. Der Seemann muß einen Stimmzettel besitzen und sich durch sein Seefahrtsbuch ausweisen.

Abreise nach Genf. Die deutsche Delegation für Genf ist am Sonntagabend aus Berlin abgereist. Sie wird vom Reichsaussenminister Dr. Curtius geführt, dessen Vertreter der frühere Botschafter Graf Bernstorff ist. Vom Auswärtigen Amt kommen noch die Ministerialdirektoren Dr. Gaus und Dr. Ritter mit, außerdem höhere Beamte vom Reichswirtschafts- und Reichsernährungsministerium. Die parlamentarischen Delegierten werden erst nach den Wahlen, am 15. oder 16. September, nach Genf abreisen.

Für Revision!

Rede des Reichsministers Treutmann in Köln.
— Köln, 7. September. In der Wahlversammlung der Konservativen Volkspartei im Gürzenich sprach am heutigen Sonntag Reichsminister Treutmann. Mehrere hundert Personen hatten sich eingefunden, die dem Redner häufig Beifall spendeten, aber auch Zwischenrufe ertönen ließen. Es sei eine Winternähe, so führte Treutmann u. a. aus, daß die jeweiligen Regierungen an der völkerrechtlich festgelegten Außen- und Erfüllungspolitik nichts zu ändern vermöchten. Auch eine Regierung Hitler und Hugenberg könne hieran nichts ändern. Er müsse sich jedoch eine Zensur, die unbewußt im Sinne der Diktaturmächte von Versailles handle, wenn es um selbstverständliche Lebensäußerungen und Feststellungen weltbekannter Tatsachen geht, verbitten.

Letzte Meldungen.

Der Reichskanzler für das Berufsbeamtentum.

— Münster, 8. Septbr. In einer Versammlung der katholischen Beamtenschaft betonte der Reichskanzler Dr. Brüning, daß die Reichsregierung mit dem Ziele der Beamteneinheit, soweit es die Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums betrifft, restlos einig ist. Ein Staat wie das Deutsche Reich und ebenso die Länder und Gemeinden könnten nicht die Aufgaben der öffentlichen Körperschaften erfüllen, wenn es nicht ein starkes und gefestigtes Berufsbeamtentum gäbe. Die Reichsregierung konnte in dieser Notzeit nicht daran vorbeistimmen, auch den Beamten ein Notopfer aufzuerlegen. Sie habe das nach sorgfältiger Überlegung getan, wie sie allen Ständen und allen Berufen Opfer auferlegen mußte, weil darin die einzige Möglichkeit bestehe, die Finanzen der öffentlichen Hand und des Staates überhaupt wieder zu konsolidieren. An der Konsolidierung habe aber kein Stand so großes Interesse wie das Berufsbeamtentum.

Munitionsexplosion in Frankreich.

— Paris, 8. Septbr. Dem „Echo de Paris“ wird aus Nancy gemeldet, daß in der sechs Kilometer von Brieg gelegenen Pulverfabrik eine schwere Explosion erfolgt sei. Bis her sollen zehn Tote und zahlreiche Verletzte zu verzeichnen sein.

Der Kampf gegen das französisch-britische Monopol im Völkerbundssekretariat.

— London, 7. September. Es gilt jetzt in London als so gut wie sicher, daß die italienische Abordnung in Genf erneut einen Vorstoß gegen das französisch-britische Monopol im Völkerbundssekretariat unternehmen wird. Eine im „Observer“ veröffentlichte Zuschrift des Italieners Villari, der jahrelang Mitglied des Völkerbundssekretariats war, bestätigt diese Annahme. Er weist erneut nach, daß die britischen Beamten beim Völkerbund alles in allem mehr Geld bezögen, als England zu den Ausgaben beitrage. Großbritannien und Frankreich seien, was die Beamtenszahl angehe, zu stark vertreten, während die anderen Länder nicht hinreichend berücksichtigt seien, woraus sich zum Schaden des Völkerbundes selbst Unzufriedenheit ergeben habe. Der Völkerbund habe an einer gerechten und gleichmäßigen Verteilung der Beamtensstellen das größte Interesse, denn die bei ihm arbeitenden Personen seien am besten geeignet zur Verbreitung des Völkerbundsgedankens im eigenen Lande.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer. Mittwoch, den 10. September, nachmittags 4 Uhr allgemeine Kinderstunde mit Lichtbildern (15 Pf. zur Deckung der Unkosten).

Für die Realanstalt am Donnersberg bei Marnheim in der Pfalz (Realschulstiftung mit Schillerheim) wird für 1. Okt. spätestens 1. November ein

Anglist

mit sonst beliebiger Fächergruppierung, geprüft oder Werkstudent gesucht. 24 Wochenstunden; Gehalt für voll geprüften Kandidaten RM 4600.— Meldungen mit Zeugnisabschriften einschließlich Reisezeugnis, Lichtbild und Angabe von Empfehlungen an die Anstaltsleitung Prof. Dr. Göbel.

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes Anmachholz hat abzugeben Morija. Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Gesucht eine liebevolle u. erfahrene

Krankenpflegerin

für eine seit 2 Jahren ganz gelähmte Dame in m. Gemeinde, sofort!

Köbbing Wfr., Eberstadt, Kreis Siegen, Post Mündenberg. Friedlichen, freundlichen

Lebensabend

in gesunder Landgegend bietet älteren, christlichen Leuten zu mäßigem Preis

Haus Wennerhold, Zell, Kr. Alfels, Oberhessen. Straße Siegen-Gulda.

Bad Wildungen

Kurort Elim

wieder Zimmer frei. Wildungen Kuren gegen Nieren- und Blasenleiden. Naturkuren gegen allerlei Krankheiten. Herbalkuren für Erholungsbedürftige. Vegetarischer und Fleischisch. Pensionspreis 4 bis 5 Mk. 4 Pensionshäuser am Waldgebirge. Andachten. Prospekt und Ansicht sendet gerne Prediger C. Ufer.

Stellengesuche u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg.

Südamerik. Maté

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn, Sangerhausen, Hindenburgstraße. Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Mein echter

Tilsiter Vollweizkase

mit 48,5% Fett i. T. kostet ab heute nur RM 1,00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkolis unt. Nachn., Porto u. Verpackung frei. Friedrich Stolzka, Dampfmolkerei Jedwillen, Post-Motzweihen, Tilsiter Niederung.

! Nordsee!

Kinderheim Paulsen

Illustrierter Prospekt kostenfrei d. d. Besitzer: Gemeindevorsteher

Paulsen, Norddorf Insel Amrum

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost

Benneckenstein-Hochhaus unweit Braunlage

Pastor Felkekuren. Prosp. freil.